

Antworten der Piratenpartei

1. Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?

Die drei wichtigsten Punkte in diesem Zusammenhang sind unserer Meinung nach:

** Zusammenführung aller bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst zu einer Rentenkasse*

** Einkommensabhängige Einzahlung aller in Deutschland lebender Menschen in die Rentenkasse: Verpflichtung aller steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge zur Zahlung von Rentenbeiträgen; keine Berufsgruppe ausgenommen; Entfallen der Bemessungsgrenze*

** Einführung eines Grundeinkommens für alte und erwerbsgeminderte Menschen mit Rentenbezügen zwischen Mindest- und Maximalrente bei jährlicher Anpassung.*

Auch vor der Einführung des Grundeinkommens wollen wir als Schritt zu diesem bereits die Mindestrente realisieren. Wenn Menschen einen großen Teil ihrer Lebenszeit Kindern und Pflegebedürftigen widmen, darf ihnen daraus im Alter kein Nachteil entstehen. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente reicht dafür nicht aus.

2. Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frau auf ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?

Prävention zieht sich durch unsere Programme auf allen Ebenen. Der Schwerpunkt muss immer auf der Verhinderung von Straftaten liegen, das fängt schon in der Schule an. In Bildungseinrichtungen ist es sowohl möglich, bereits Kindern einen respektvollen Umgang mit anderen beizubringen, als auch, sie darin zu stärken, ihre Grenzen zu kennen und zu benennen und ihnen deutlich zu machen, dass sie ein Recht darauf haben, dass andere ihre Grenzen respektieren. Bildungseinrichtungen sind außerdem ein geeigneter Ort, junge Menschen darin zu bestärken, ihre Identität jenseits von Geschlechterstereotypen und Sexualitätsmythen zu finden. Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen einen niedrighwelligen Zugang zu Selbstbehauptungskursen haben, der nicht am Geldbeutel scheitern darf. Solche Kurse können innerhalb von Bildungseinrichtungen, aber auch als Freizeitangebot, in Jugendzentren, am Arbeitsplatz etc. durchgeführt werden.

Kampagnen, die sich an potentielle Täter wenden, begrüßen wir sehr und haben sie bereits in der Vergangenheit öffentlich unterstützt.

Entgegen dem verbreiteten Bild von Vergewaltigungen findet sexuelle Gewalt vor allem bei Personen statt, die sich kennen, und seltener in öffentlichen als vielmehr in privaten Räumen. Um sexueller Gewalt in Partnerschaft, Ehe und Familie vorzubeugen, müssen gefährdete Personen die Möglichkeit haben, aus der gefährdenden Beziehung oder Familie zu fliehen.

Antworten der Piratenpartei

Wichtig ist uns auch die bundesweite Umsetzung der EU-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, und damit die Reform von §177 (sexuelle Nötigung, Vergewaltigung). Nein heißt Nein. Wir wollen es deshalb unter Strafe stellen, einen anderen Menschen gegen seinen geäußerten Willen dazu zu bringen, sexuelle Handlungen an sich zu dulden oder an anderen vorzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, § 177 StGB (sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) entsprechend anzupassen. Ein deutliches "Nein" soll zukünftig genüge

Dringend notwendig ist eine bedarfsorientierte und verlässliche Finanzierung der Schutzhäuser. Dass die Hamburger Frauenhäuser ausschließlich spendenfinanziert arbeiten müssen, ist ein Armutszeugnis für unser Bundesland. Hier muss der Senat und auch der Bund in die Pflicht genommen werden und den steigenden Zahlen der Opfer Rechnung tragen. Jeder Mensch hat das Recht, gewaltfrei zu leben, unabhängig von Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Interessant erscheint uns die Umsetzung des niederländischen Konzepts der Frauenhäuser, das es auf alle Hilfsbedürftigen auszuweiten gilt. Ob dies in einem Rechtsanspruch niedergelegt werden muss, bleibt zu klären. Wir setzen uns auch für den Aufbau von Männerhäusern ein, von denen es bislang in Deutschland erst zwei Stück in Ketzin bei Berlin und Oldenburg gibt.

Wir unterstützen den barrierefreien Ausbau von Notunterkünften vor Ort, die in Hamburg bislang nur in 3 der 5 Schutzhäuser gegeben ist.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße und gerechte Familienpolitik, die auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens beruht. Wir wollen, dass die Politik der existierenden Vielfalt gerecht wird.

Wir wollen, dass die Menschen in Hamburg selbst die Form des Zusammenlebens bestimmen können und keine Familienform rechtlich benachteiligt oder bevorzugt wird - auch nicht bei Kinderwünschen. Wir wollen Familien mit Kindern fördern und kostenfreie Bildungsangebote schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle zu überwinden. Echte Wahlfreiheit besteht erst, wenn längere berufliche Auszeiten oder Teilzeitarbeit unabhängig vom Geschlecht gesellschaftliche Normalität sind.

Wir Piraten bekennen uns zu allen denkbaren Formen des Zusammenlebens. Die Politik in Hamburg muss der Vielfalt der Lebensentwürfe gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine ausschließlich historisch begründete Bevorzugung ausgewählter Familienmodelle lehnen wir ab.

Wir setzen uns für die vollständige rechtliche Gleichstellung sämtlicher Lebenspartnerschaften ein, auch wollen wir alle Formen der homosexuellen, heterosexuellen und polyamore (Liebesbeziehung zu mehr als einem Menschen) Partnerschaften ermöglichen.

Antworten der Piratenpartei

Wir Piraten setzen uns für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen einen besonderen Schutz und Unterstützung durch den Staat und die Gesellschaft.

Wir setzen uns für den Abbau bestehender, geschlechtlicher Rollenzuschreibungen und gesellschaftlicher Erwartungshaltungen ein. Der Wunsch, eine Familie zu gründen, darf nicht am klassischen Familienbild hängen bleiben. Die geschlechtliche Identität oder die sexuelle Orientierung darf hierbei keine Rolle spielen.

Menschen darf kein Nachteil entstehen, wenn sie einen Teil ihrer Lebenszeit Kindern oder Betreuungsbedürftigen widmen. Wir Piraten fordern besondere finanzielle Unterstützung für Familien, Trennungseltern bzw. Versorgungsgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder betreuungsbedürftige Menschen gepflegt und versorgt werden.

Aus den oben genannten Positionen sehen wir daher die dringende Notwendigkeit einer Ergänzung der gleichstellungspolitischen Maßnahmen des Rahmenprogramms. Diese sollen die Überwindung der einseitigen Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodellen fördern und somit allen Menschen in Hamburg zugutekommen können. Eine Beschränkung der gleichstellungspolitischen Maßnahmen auf die Rollen "Frau" und "Mann". greift unserer Meinung nach zu kurz.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Wohnraum:

In Hamburg wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Die Gründe dafür sind vielfältig: steigende Nachfrage nach größeren Wohnungen, anhaltender Trend zu Einpersonenhaushalten, geringere Einkommen, steigende Mieten durch "Aufwertung" und vor allem der Rückzug der öffentlichen Hand bei der Schaffung preiswerten Wohnraums. Einen sozialverträglichen Wohnungsbau wird es spätestens dann nicht mehr geben, wenn die Kompensationsmittel für Wohnraumförderung wegfallen. Bezahlbaren und vor allem alters- und familiengerechten Wohnraum wird dann nur in den Randlagen der Stadt angeboten werden können, während die teuren Innenstadtlagen einer besser verdienenden Zielgruppe vorbehalten bleiben. Dies führt zu einer nicht akzeptablen sozialen Differenzierung in unserer Gesellschaft.

Die Piratenpartei fordert daher eine dauerhafte Förderung eines gemeinnützigen Wohnungsbaus auf Bundes- und Länderebene. Dieser sichert nicht nur Wohnraum für finanziell schlechter gestellte Haushalte, er spart letztlich auch Sozialhilfegelder und wirkt dämpfend auf das allgemein ansteigende Mietzinsniveau. In diesem Zusammenhang soll auch der genossenschaftliche Wohnungsbau (FIXME: und Syndikat) gefördert werden, der den Zweck hat, ihren Mitgliedern preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die öffentliche Hand muss im Rahmen transparenter Planung Rechenschaft darüber ablegen, welche Grundstücke sich im öffentlichen Besitz befinden und warum diese nicht für die Schaffung preiswerten Wohnraums zur Verfügung gestellt werden. Infrage kommende Grundstücke sollen dabei vorrangig für genossenschaftlichen und sozialen Wohnbau verwendet werden.

Antworten der Piratenpartei

Die Piratenpartei fordert eine Neuorientierung der Wohnraumförderung der FHH (Hamburgisches Wohnraumförderungsgesetz - HmbWoFG) mit dem Ziel, den Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen (sozialer Wohnungsbau) zu stärken. Um einer sozialen Entmischung der Gesellschaft entgegenzuwirken soll der Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen vorrangig in den Stadtteilen erfolgen, deren Wohnbevölkerung einen hohen oder mittleren Status aufweisen und die eine stabile bzw. positive Entwicklungsdynamik zeigen.

*Die städtischen Wohnungsbauunternehmen SAGA / GWG sollen verpflichtet werden Unternehmensüberschüsse in den sozialen Wohnungsbau zu reinvestieren. *Angesichts etwa 30.000 fehlender Wohnungen darf es nicht sein, dass die SAGA / GWG rund 100 Millionen EURO jährlich in den Landeshaushalt überführt.*

Mit dem Öffnen der sozialen Schere zwischen armen und reichen Stadtteilen in Hamburg ist eine Neubewertung vieler innenstadtnahen Altbauquartiere verbunden, in denen im Vergleich zur Gesamtstadt weit überproportionale Mietpreisteigerung zu beobachten sind. Dieses als Gentrifizierung bekannte Phänomen führt zu einer weiteren Entmischung der Einkommensgruppen und einer Verschärfung der sozialräumlichen Polarisierung. Die Piratenpartei lehnt diese unsoziale Politik, die auf Kosten der einkommensschwächeren Einwohner Hamburgs geht, grundsätzlich ab und fordert einen Schutzschild gegen Gentrifizierung, der aus Komponenten der Beobachtung der sozialräumlichen Entwicklung sowie Interventionen auf dem Wohnungsmarkt besteht.

Die Piratenpartei setzt sich für eine Weiterentwicklung des RISE-Sozialmonitorings ein, der zukünftig nicht nur soziale Benachteiligung, sondern auch sogenannte "Aufwertung" messbar machen soll. Hierzu müssen auf der kleinräumigen Ebene statistische Indikatoren wie etwa der Modernisierungsstand der Wohngebäude, die Mietpreisentwicklung, das durchschnittliche Einkommen je Steuerpflichtigen sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bereitgestellt werden.

Bei Entwicklungen, die auf Gentrifizierung hindeuten, muss umgehend der Erlass von Sozialen Erhaltungssatzungen für die entsprechenden Gebiete geprüft und bei Bedarf zeitnah erlassen werden. Weiterhin soll geprüft werden, in wie fern das Instrument der Sozialen Erhaltungssatzung zur wirkungsvollen Eindämmung von Gentrifizierung geeignet ist, oder ob Hamburg auf eine Reform von §172 BauGB (Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten) hinwirken soll, um eine Regulation der Mietentwicklung als Teil der Erhaltungssatzung festzuschreiben.

Die Piratenpartei setzt sich für ein generationsübergreifendes Wohnen ein. Die Stadtentwicklung, der Wohnungsbau und die sozialen Infrastrukturen müssen als Reaktion auf den demographischen Wandel damit stärker den Bedürfnissen einer Gesellschaft mit steigender Lebenserwartung angepasst werden. Wir fordern und fördern den barrierearmen Umbau von Wohnraum sowie die Anpassung an die Bedürfnisse junger Familien und älterer Menschen. Alle Neubauten sind barrierearm, kind- und altersgerecht zu errichten, Altbauten möglichst entsprechend zu modernisieren. Bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, beispielsweise Krankenhäuser und Bahnhöfe, muss das Prinzip der Barrierearmut gelten.

Antworten der Piratenpartei

Entlastung Alleinerziehender:

Folgende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf befürworten wir, die sowohl Elternteilen in Partnerschaften wie auch Alleinerziehenden zugute kämen:

- * Angleichung zwischen individuell erwünschter und realisierbarer Arbeitszeit*
- * lebensverlaufsorientierte Arbeitszeiten*
- * Kita-Ausbau für Kinder unter 3 Jahren*
- * Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen bezüglich Personalschlüssel und Personalqualifikation*
- * bessere Bedingungen für die häusliche Pflege*
- * Betreuungsmöglichkeiten in Unternehmen und Betrieben*
- * Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt*
- * unbürokratisch mögliche Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs, Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.*
- * gesetzlicher Anspruch, von Teilzeitstelle zur Kindererziehung oder Pflege wieder auf Vollzeitstelle zurückzukehren*
- * Arbeitskulturwandel: weg von ständiger Verfügbarkeit, hin zu kreativen Lösungen wie der zeitlichen und inhaltlichen Aufteilung von Arbeitsplätzen, flexiblen Vertretungslösungen und Arbeits- und Erreichbarkeitsregelungen, die keine ständige Präsenz am Arbeitsplatz verlangen; Ausschöpfung des innovativen Potenzials der Digitalen Revolution auch für familienfreundliche Arbeitsmodelle*

ÖPNV:

Der Öffentliche Personennahverkehr ist neben dem Straßennetz das wichtigste Element der Hamburger Infrastruktur. Als effiziente und ressourcenschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr soll er gefördert und zukunftsfähig gemacht werden. Die Unentgeltlichkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs ist dabei ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und der Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung.

Die Piratenpartei Hamburg verfolgt deshalb das Ziel, alle im Hamburger Verkehrsverbund zusammengefassten Verkehrsmittel für jeden Menschen zum Nulltarif nutzbar zu machen, die Kapazitäten auszubauen und die Verkehrsnetze zu verdichten und auszuweiten.

Zielsetzungen

Die gesteigerte Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs wird mehr Menschen dazu bewegen, auf das Auto zu als primäres Verkehrsmittel zu verzichten und bevorzugt Bus und Bahn zu nutzen. Auf diesem Wege soll insbesondere der motorisierte Individualverkehr im Stadtgebiet entlastet werden. Das zu erwartende geringere Verkehrsaufkommen wird

Antworten der Piratenpartei

durch sinkende Feinstaubbelastung, geringeres Unfallpotential und weniger Verkehrslärm positive Auswirkungen auf die Umwelt, die Verkehrssicherheit und die allgemeine Gesundheit haben. Durch die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur wird Hamburg als zusammenhängender Lebensraum und Wirtschaftsstandort nachhaltig aufgewertet. Effizientere Transportwege kommen allen Unternehmen und Unternehmern zugute. Ein unentgeltlicher Personennahverkehr wird außerdem Hamburgs Beliebtheit als Wohnort und als touristisches Ziel erhöhen und so dem Fremdenverkehrs- und Kulturbetrieb zugute kommen.

Trotz der Entbürokratisierung des Nahverkehrs mit dem Wegfall von Tarifsystemen, Fahrkartenverkauf und Kontrollen werden durch gesteigerte Kapazitäten und den Ausbau des Verkehrsnetzes neue Arbeitsplätze entstehen. Um dem mangelnden Vertrauen vieler Bürger in die Sicherheit des Öffentlichen Personennahverkehrs zu begegnen, setzt die Piratenpartei unter anderem auf den Einsatz der bisherigen Kontrolleure als Fahrtbegleiter, anstatt allein durch Videoüberwachung ein trügerisches Gefühl von Sicherheit zu erzeugen.

Umsetzung

Die Piratenpartei Hamburg ist sich des Umfangs und der Komplexität dieses Projekts bewusst. In einer gewissenhaften Analyse der heutigen und zu erwartenden Nutzung und Kosten des Betriebs der Verkehrsmittel im HVV soll die Machbarkeit geprüft und eine gerechte Finanzierungsgrundlage entwickelt werden. Dabei sollen alle am Hamburger Verkehrsverbund beteiligten Landkreise und Gemeinden einbezogen werden.

Das Ziel ist, die bisher durch Fahrtentgelte eingenommenen Mittel zugunsten der unentgeltlichen Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs in einer gerechten Umlagefinanzierung einzubeziehen, analog zur heute üblichen Finanzierung der Straßeninfrastruktur. Neben einer Beteiligung der Hamburger Haushalte sollen verschiedene Mechanismen eine gerechte Beteiligung an den Kosten sicherstellen. So können an Arbeitsplätze gebundene Abgaben und die Beteiligung an Hamburg angrenzender Landkreise auch jene in die Finanzierung einbeziehen, die nicht in Hamburg wohnen, aber in den Genuss des unentgeltlichen Nahverkehrs kommen. Ebenso sollen Abgaben auf Parkflächen im innerstädtischen Raum und Hotelübernachtungen geprüft werden.

In jedem Fall wird der Investitionsbedarf groß sein. Die Piratenpartei Hamburg hält solche Ausgaben aber im Gegensatz zu prestigeträchtigen Leuchtturmprojekten, die nur wenigen Menschen zugute kommen, für eine sinnvolle und gerechte Maßnahme, um Hamburg für alle Menschen lebenswerter zu machen.

Übergangsmodelle

Verschiedene Übergangsmodelle können bei der Umstellung auf einen Nulltarif-Nahverkehr helfen. In einem ersten Schritt soll das Tarifsystem radikal vereinfacht werden. Wenige verschiedene Fahrkarten mit einfach zu merkenden, runden Preisstufen und richtungsunabhängiger Gültigkeit sollen das derzeitige, komplizierte System ersetzen.

Unabhängig von der langfristigen Tarifentwicklung soll kurzfristig eine Sozialkarte Menschen mit geringem Einkommen weit mehr als im derzeitigen Maße die Nutzung des Öffentlichen

Antworten der Piratenpartei

Personennahverkehrs erleichtern. Die Eigenbeteiligung an Fahrkarten für schwerbehinderte Menschen soll wegfallen.

Mittel- bis langfristig könnten die Fahrpreise stetig sinken oder der Nahverkehr in einem Teilbereich (wie etwa der Innenstadt) unentgeltlich nutzbar sein, bevor der Nulltarif flächendeckend eingeführt wird.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse:

Wir streben viele Veränderungen an, die prekären Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere Minijobs, in hohem Maße betreffen. So fordern wir die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, die Finanzierung der Sozialversicherung durch möglichst alle Einkommen, die Abschaffung des Ehegattensplittings, die mittelfristige, schrittweise Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und die kurzfristige Einführung eines bundesweiten, gesetzlichen Mindestlohns.

Arbeit muss Erwerbstätigen ein existenzsicherndes Einkommen bieten. Solange ein bedingungsloses Grundeinkommen noch nicht umgesetzt ist, ist dies vor allem über gesetzliche Regulierung und Tarifverträge möglich. Daher setzt sich die Piratenpartei für faire und sichere Arbeitsbedingungen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Hamburg, Deutschland und Mindestlöhne in ganz Europa ein. Ausnahmen, wie in den aktuellen gesetzlichen Regelungen, darf es nicht geben. Das verkleinert die Schere zwischen gut bezahlten und schlecht bezahlten Stellen und führt zu einer ökonomischen

Aufwertung u.a. von schlecht entlohnter Dienstleistungsarbeit wie Sorgeberufen.

Die Piratenpartei unterstützt und fördert ausdrücklich das freie Unternehmertum, setzt sich jedoch dafür ein, dass abhängig Beschäftigte nicht als Subunternehmerinnen oder Subunternehmer ohne Sozialabgabepflicht beschäftigt werden und so das unternehmerische Risiko ausgelagert wird, ohne entsprechend honoriert zu werden. Dies verbessert auch die Arbeitsverhältnisse von Frauen

Entgeltgleichheit:

Verschiedene Kandidatinnen und Kandidaten der PIRATEN haben sich bereits für ein Entgeltgleichheitsgesetz ausgesprochen und die generelle Forderung nach gleicher Bezahlung steht in unserem Wahlprogramm. Wir legen dabei Wert auf gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, denn es kann nicht sein, dass ein männlicher Maschinenwärter mehr verdient als eine weibliche Kindergärtnerin. Die Piratenpartei steht außerdem für mehr Transparenz, denn oft kann schon Transparenz über Missstände dazu beitragen, diese Missstände zu verringern. Die Datenlage zur Entgeltungleichheit in Deutschland ist jedoch schlecht - hier wünschen wir Veränderungen und mehr Berichtspflichten durch Unternehmen.

Antworten der Piratenpartei

Außerdem liegen Parteibeschlüsse oder Meinungsbilder für folgende gesetzliche Regelungen vor, die indirekt zur Beseitigung des Gender Pay Gaps beitragen werden:

- * einen Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt*
- * einen Rechtsanspruch, von einer Teilzeitstelle wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Teilzeitarbeit muss außerdem auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden*
- * einen gesetzlichen Mindestlohn von € 9,02 bei regulären und € 9,77 bei befristeten Arbeitsverträge bis zur endgültigen Berechnung durch eine Expertenkommission bei jährlich neuer Berechnung*
- * eine gesetzliche Regelung für den öffentlichen Dienst, die diesen verpflichtet, in Vorbildfunktion Teilzeitarbeit und "kurze Vollzeit" auch in der Ausbildung und in Führungspositionen anzubieten*

- * Abschaffung des Ehegattensplittings*